

Europäische Union – quo vadis?

Vortrag am 20.2.2019 von **Dr. Ulrike Lunacek**: aufgewachsen in einem konservativen Elternhaus auf, geprägt durch ihre Reisen und als studierte Dolmetscherin engagierte sie sich für Frauen- und Entwicklungspolitik, baute das Innsbrucker Frauenhaus mit auf, arbeitete für entwicklungspolitische Organisationen und war NGO-Delegierte im Rahmen der offiziellen österreichischen Delegation bei der UNO-Weltbevölkerungskonferenz 1994. Motiviert durch ihre Mitarbeit und Vorstandsfunktion beim Österreichische Lesben- und Schwulenforum kandidierte sie 1995 als erste offen lesbische Frau für den Nationalrat für die Grünen. Sie fungierte als Bundesgeschäftsführerin, Nationalratsabgeordnete und als Abgeordnete und Vizepräsidentin im Europaparlament, u.a. mit den Schwerpunkten Außen- und Entwicklungspolitik, Frauen und LGBTI. Seit dem Ausscheiden der Grünen bei der Nationalratswahl 2017, bei der sie Spitzenkandidatin war, engagiert sie sich u.a. als Leiterin von Wahlbeobachtungen für OSZE/ODIHR, in Lehraufträgen und Workshops für weibliche Abgeordnete und andere engagierte Frauen im Irak. Außerdem verfasste sie gemeinsam mit ihrem langjährigen Pressesprecher ein Buch über ihre acht Jahre als Kosovo-Berichterstatterin im Europäischen Parlament..

Zusammenfassung:

Immer noch wird in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Bild vermittelt, die EU sei außerhalb des eigenen Nationalstaates und weit weg, obwohl nationale Regierungen und direkt gewählte Abgeordnete des EP bei allen Entscheidungen beteiligt sind. Für wichtige Themen wie Frieden, Klimawandel, Migration und Asyl gibt es gute Vorschläge seitens der Kommission, sie scheitern teilweise im Parlament oder im Rat, oder werden verwässert, auch weil Positionen bei Verhandlungen abgetauscht werden, um Mehrheiten zu erreichen.

Mehr zum Thema:

Die aktuelle Situation der EU beruht auf langjährigen Entwicklungen. In der Finanzkrise 2008 wurden problematische Entscheidungen getroffen, Banken statt SteuerzahlerInnen gerettet. Im Lissabon-Vertrag 2009 wurden die Weichen für einige Schritte in Richtung mehr Demokratie gestellt, etwa mit einer Zunahme der Co-Gesetzgeberschaft des Europäischen Parlaments EP, aber immer noch nicht genug, wie etwa, den Rat in eine zweite parlamentarische Kammer umzuwandeln, in der Entscheidungen mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit möglich wären, und nicht mehr ein Staat alleine, und sei es auch nur der kleinste, wie derzeit mit dem Einstimmigkeitsprinzip etwa in Steuer- oder Außenpolitik, Entscheidungen verhindern kann. Eine Erweiterung der Maastrichtkriterien und der Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion würde gemeinsame Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit, Ausgleich von Lohnniveaus, gegen (Jugend)Arbeitslosigkeit erfordern. Dass all dies mit dem Lissabon-Vertrag nicht geglückt ist, schürt den Unmut und rechtspopulistische Tendenzen in vielen Mitgliedsstaaten.

Das Ergebnis der Brexit-Abstimmung 2016 schwächt die EU auch im internationalen Kontext sehr. Realpolitisch ist für Irland keine Lösung in Sicht, weder offene Grenzen noch irische Vereinigung, noch Kontrollen auf See sind mit dem Brexit umsetzbar. Auch für die Wahl zum Europaparlament droht das Chaos, die Sitze Großbritanniens sind bereits aufge-

teilt, bei einer Brexit-Verschiebung sind die Briten nicht auf die Wahl vorbereitet, müssten aber dennoch Ende Mai ihre VertreterInnen wählen – und für wie lange, ist auch unsicher.

Es ist immer leicht zu sagen, „die EU ist schuld“, obwohl Regierungen und direkt gewählte Abgeordnete des EP bei allen Entscheidungen mit dabei sind. Vermittelt wird das Bild, die EU sei außerhalb des eigenen Mitgliedslandes und weit weg. Für die wichtigen Themen Frieden, Klimawandel, Migration, Asyl gibt es gute Vorschläge seitens der Kommission, sie scheitern teilweise im Parlament oder im Rat, oder werden verwässert, auch weil Positionen bei Verhandlungen abgetauscht werden, um Mehrheiten zu erreichen.

Die bei der EU-Wahl kandidierenden rechtsextremen und populistischen Parteien wollen (im Hintergrund) die EU zerstören, wie Aussagen zum „EU-Monster“ (Le Pen) zeigen. Die konservative Fraktion Europäische Volkspartei (EVP) zögert, Parteien wie Fidesz auszuschließen, könnte dies doch ihre Mehrheit gefährden. Bereits jetzt sind etliche nationalistische und faschistische Abgeordnete im Parlament, der Anteil an rechts-außen Parteien könnte bei der Wahl 2019 auf 20-25% steigen. Sie könnten gemeinsam eine technische Fraktion bilden, mit Anspruch auf Personal, Budget und Ausschussvorsitze. In den Ausschüssen selbst haben die Mitglieder der schon existierenden rechten Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) bisher meist mit Abwesenheit gegläntzt, wenn es um das konkrete Verhandeln von europäischen Gesetzen oder um Resolutionen gegangen ist.

Auch innerhalb der pro-europäischen Fraktionen gibt es viele Unterschiede, etwa in Bezug auf Frauenrechte, Wirtschaft, Steuerrecht. Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips, das Veränderungen etwa in Hinblick auf Steuerharmonisierung verhindert, können derzeit Konzerne wie Google nur über die EU-Wettbewerbskommission bestraft werden. Die dafür zuständige dänische Kommissarin Margrete Vestager macht hervorragende Arbeit und wäre deshalb in den Augen von Lunacek eine sehr gute Kandidatin für die Kommissionspräsidentin. Aber dafür müssten sich die Liberalen durchringen, sie zur Spitzenkandidatin zu machen.

Seit dem Strasser-Skandal wird Lobbying viel strenger gehandhabt. Das Parlament hat ein Lobby-Register durchgesetzt, das auch die Kommission anwendet (nur der Rat macht nicht mit). Es macht kontrollierbar, welche LobbyistInnen sich registrieren lassen und damit auch einiges offenlegen, etwa ihre Ziele und wieviel Geld die jeweilige Organisation für Lobbying pro Jahr ausgibt. Manche MEPs treffen sich nur mit registrierten Personen. Neu ist auch, dies wurde von den Grünen initiiert, dass alle RapporteurInnen (das sind die HauptverhandlerInnen) und Shadows (das sind die VerhandlerInnen von den anderen Fraktionen, die sich am Verhandlungsprozess beteiligen) ein Formular über den sogenannten legislativen Fußabdruck ausfüllen müssen, das offenlegt, wer wann wen getroffen hat.

Aus der Diskussion:

Für Irland / Nordirland wäre eine harte Grenze kaum judizierbar, ein massiver Schritt zurück und friedenspolitisch gefährlich. Das Karfreitagsabkommen enthält als Ziel die Vereinigung.

Der Ausschluss eines Mitgliedsstaates aus der EU ist im Lissabon-Vertrag nicht vorgesehen. Möglich ist nur eine Suspendierung, d.h. der Entzug von Rechten wie dem Stimmrecht im Rat. Der dafür erforderlicher Artikel-7-Beschluss braucht einen längeren Prozess, in dem auf Initiative des Europaparlaments oder des Rates von der Kommission geprüft wird, ob ein Risiko des Abgehens von europäischen Werten besteht. Derzeit laufen Verfahren gegen Ungarn und Polen. Das Instrument wurde nach den Sanktionen gegen Österreich 2000 geschaffen, die letztlich auch die Stimmung in Österreich gegen die EU verschlechtert haben.

Auch die Sozialistische Fraktion (S&D) im Europaparlament hat mit der rumänischen PSD ein problematisches Mitglied, in welcher nicht wirklich reformierte frühere Regimeleute aktiv

sind. Ein Ausschluss aus der PSE vor der heurigen EU-Wahl ist jedoch derzeit nicht realistisch und ein Art. 7 Verfahren ginge sich jetzt auch nicht mehr aus.

Lunacek war daran beteiligt, aufzudecken, dass Gelder aus der europäischen Parteienfinanzierung missbräuchlich verwendet oder gar veruntreut wurden, um im eigenen Land Kampagnen / Umfragen (zum Teil gegen die EU / für den Brexit) zu finanzieren bzw. Mitarbeitende zu finanzieren. Sowohl die UK Independence Party UKIP als auch der Front National mussten Rückzahlungen ans EP leisten und stehen deshalb vor Gerichtsverhandlungen.

Problematisch ist, dass es keine europäischen Wahllisten gibt, sondern nur auf nationaler Ebene. Damit bleibt der EU-Wahlkampf stark innenpolitisch dominiert.

Wichtig wäre, stärker zu vermitteln, wie Demokratie funktioniert, dass sie Zivilgesellschaft und kritische Medien braucht. Bereits in der Schule sollte vermittelt werden, dass „Kritik das Salz der Demokratie“ ist und man aushalten muss, nicht alles durchzubringen und Kompromisse einzugehen.

Das Dilemma der europäischen Außenpolitik ist, dass große EU-Staaten nach wie vor ihre eigene Politik betreiben und damit die Rolle der EU in der Welt schwächen. Auch symbolisch drückt sich dies aus, die EU-Vertretungen heißen nicht ‚Botschaften‘ sondern ‚Delegationen der Europäischen Union‘ und sowohl Catherine Ashton als auch Federica Mogherini mussten unter dem Titel „HRVP“, also „Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin der Kommission“ statt mit dem Titel ‚Außenministerin‘ agieren, unterstützt vom im Lissabon-Vertrag eingerichteten Europäischen Auswärtigen Dienst.

Eine eigene EU-Armee wäre keine Lösungen für aktuelle Probleme, wichtig wäre eine gemeinsame Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Tipps:

Haus der Europäischen Union, Wipplingerstraße 35: Sitz der Vertretungen des Europaparlamentes wie der Europäischen Kommission in Österreich, regelmäßig Veranstaltungen: https://ec.europa.eu/austria/services/eps_de
www.diesmalwaehleich.eu

Protokoll: Barbara Streicher